

Hohenstein-Ernstthal-Grüßthaler Tageblatt

Amtsblatt

Anzeiger



Das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Grüßthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Hohenstein-Grüßthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Weinsdorf, Langenberg, Falken, Reichenbach, Callenberg, Langenschürsdorf, Grumbach, Tiefenbrunn, Rastbach, Mühlenthal, Grünau, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Lugau, Erbisch, Pleiße, Ruzdorf, St. Egidien, Güttengrund u. s. w.

Erscheint jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger das vierteiljahr M. 1.55, durch die Post bezogen M. 1.92 frei ins Haus. Fernsprecher Nr. 11. Inserate nehmen außer der Geschäftsstelle auch die Austräger auf dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Nr. 26.

Geschäftsstelle
Schulstraße Nr. 31.

Mittwoch, den 1. Februar 1911.

Brief- und Telegramm-Adresse
Amtsblatt Hohenstein-Grüßthal

61. Jahrg.

Sparkasse Hohenstein-Grüßthal. Vom 1. Februar 1911 ab tägliche Verzinsung.

Deutscher Reichstag.

117. Sitzung am 30. Januar.

Zur ersten Lesung steht der Gesetzentwurf betreffend die bei einem obersten Landesgericht einzulegenden Revisionen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisso begründet die Vorlage, die bestimmt ist, die Zuständigkeit des Reichsgerichts und des bayerischen Oberlandesgerichts zu regeln.

Abg. Dr. Jund (Natl.) macht Bedenken geltend und hält mindestens Kommissionsberatung für notwendig. Der bayerische Justizminister v. Willner verteidigt demgegenüber die Vorlage. Abg. Speck (Zentr.) erklärt, daß seine Freunde bereit seien, das Gesetz auch ohne Kommissionsberatung anzunehmen. Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. Dr. Jund wird die Vorlage mit großer Mehrheit in erster und zweiter Lesung angenommen.

Dann werden Petitionen beraten. Eine Petition des Wirtl. Geh. Kriegsrats Uhlenbrock verlangt Prüfung der Verhältnisse der Militärverwaltung durch eine Kommission, die Herabsetzung der Militärrenten aus dem § 25 des Reichsbeamtengesetzes, der die Verletzung in den einseitigen Ruhestand ermöglicht, sowie Prüfung des Verfahrens bei seiner Entfernung aus dem Amte.

Kriegsminister v. Seeringen teilt mit, daß der Intendant des 2. Armeekorps, Geh. Kriegsrat Uhlenbrock, 1900 zur Disposition gestellt worden sei, weil er nicht für fähig gehalten wurde, die Vorbereitungen zum Kaiserjubiläum zu treffen. Für Vereinigungen und Reformen, die als notwendig erkannt worden sind, sei bereits eine Kommission tätig. Eine Loslösung der Intendantur von der Kommando Gewalt sei unangänglich. Seit dem Kriege von 1870 haben wir gelernt, Verwaltung und Truppenführung innig zusammenarbeiten zu lassen. Uhlenbrock, der das bestritt, hat keine Ahnung von den Vorbereitungen für den Jubiläumstag. Unsere Organisation geht den richtigen Mittelweg.

Abg. Sommer (Op.) tritt für die Uhlenbrockschen Ansprüche ein. Wenn Uhlenbrock für sein Amt nicht geeignet gewesen sei, wie habe man ihn dann zum Wirtl. Geh. Kriegsrat machen können!

Kriegsminister v. Seeringen: Wir beurteilen unsere Beamten durchaus wohlwollend, müssen aber Leistungsfähigkeit und Disziplin verlangen, sonst geht alle Ordnung zum Teufel. Dafür bin ich verantwortlich.

Abg. Kuhnert (Soz.): Der Fall beweist, daß eine Reorganisation der Verwaltung unbedingt nötig sei; auch in Sachen seien zwei Intendanturen unter aufsehenerregenden Umständen entlassen worden.

Sächsischer Generalmajor Freiherr v. Salza und Richter: Die beiden sehr tüchtigen Beamten mußten ihren Abschied nehmen, weil sie krank geworden waren und sich einer Operation unterzogen hatten. Man hat ihnen die wohlverdiente Anerkennung zuzüglich werden lassen. Wie das Aussehen erregen kann, verstehe ich nicht.

Abg. Weber (Natl.) hält auch den persönlichen Teil der Angelegenheit nach den Erklärungen des Kriegsministers für erledigt, bittet aber, solche Dinge künftig nur in der Kommission zu erörtern.

Nach längerer weiterer Debatte werden die beiden ersten Punkte der Petition dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen. Ueber den letzten Punkt wird zur Tagesordnung übergegangen.

Eine Petition wegen der Verunreinigung des Mains durch Fabrikwässer wird nach dem Antrag der Kommission als Material überwiesen. Ueber Petitionen zur Aufhebung bzw. Änderung des Impfgesetzes befragt die Kommission, zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.): Es ist über die Impffrage schon viel leeres Gerede gesprochen worden. Der Impfwang war von den Gesetzgebern nicht beabsichtigt. (Hört, hört!) Eine große Ueberpannung der politischen Nachrichtenwelt wird aus Frankfurt a. M. berichtet. Dort wollte der Impfbegiernte widerstrebende Eltern in Ketten

legen lassen. (Hört, hört!) Ich gehörte bisher zu den ahnungslosen Idealisten, die da glaubten, die Polizei sei zum Schutze des Publikums da. Ich hoffe, daß es Richter gibt, die einem derartigen Polizeijupiter die Grenzen seiner Uebermenschlichkeit deutlich klar machen. (Beifall.) Impfschäden sind gar nicht zu bestreiten. Wenn die epidemischen Krankheiten zurückgegangen sind, so verbannten wir das nicht der Impfung, sondern dem Fortschritt der Hygiene: man macht jetzt die Fenster weiter auf, das Wasser spielt eine größere Rolle; es gibt nur noch wenige Leute, für die ein Bad eine schöne Erinnerung für das ganze Leben ist. (Beifall.) Ich warne vor jedem Fanatismus. Ueber diese Frage, die schon unzählige Opfer gefordert hat, muß endlich geregelt werden. (Beifall.)

Geh. Medizinalrat Kirchner: Der Fall in Frankfurt a. M. ist erst vor acht Tagen zur Kenntnis des Reichskanzlers gekommen. Ich stelle fest, daß der betreffende Herr kein Wort davon gesagt hat, daß die sich widerlegenden Eltern in Ketten gelegt werden sollten. (Hört, hört!)

Abg. Dr. Arning (Natl.): Von Jahr zu Jahr werden mehr russisch-polnische Arbeiter in Deutschland eingeführt. Dadurch steigt die Krankheitsgefahr. Es ist nicht zu vermeiden, daß die Impfung gewisse Unannehmlichkeiten zur Folge hat. Sie kann natürlich auch nicht ewig wirken. Aber besondere Schäden sind ganz außerordentlich selten, sobald man wegen des zweifelhaften Nutzens der Impfung den Impfwang verlangen muß. Man muß die Langsamkeit der Regierung bedauern, die gegen die Hege der Impfgegner besonders in Hannover nicht einschreitet. Die Art, wie von den Impfgegnern gearbeitet wird, ist geradezu verberberisch. (Beifall und Unruhe.)

Ein Verfassungsantrag wird angenommen. — Schluß 7 1/2 Uhr. — Dienstag 1 Uhr: Dritte Lesung des Wertzuwachssteuergesetzes.

Aus dem Reiche.

Eine indische Presstimme über die Kronprinzenreise.

Die „Times of India“ in Bombay beschäftigt sich mit den kritischen Bemerkungen in der deutschen Presse über die Zeit, welche der Kronprinz in Indien dem Sport widmete, und erklärt, wenn es dem Kronprinzen darum zu tun gewesen wäre, sich eine gründliche Kenntnis der Sanskrit-Philosophie und dergleichen anzueignen, hätte er kaum nötig gehabt, nach Indien zu kommen; wenn er aber beabsichtige, seinen Gesellschaftskreis zu erweitern und aus erster Hand die Zustände in Indien kennen zu lernen, so dürfte ihm ein Erfolg viel eher beschieden sein, so wie er es angelenken habe. Die glänzenden männlichen Eigenschaften, welche der Kronprinz gezeigt habe, hätten ihm Bewunderung und Zuneigung gewonnen. Ueberall, wo er gewesen sei, habe er eine Stimmung hinterlassen, welche wohl geeignet sei, nicht wenig zu besseren Gefühlen zwischen England und Deutschland beizutragen.

Der päpstliche Friedensbruch.

Die führenden Zentrumsblätter sind durch Pius X. beleidigende Herausforderung der preussischen Regierung in nicht geringem Maße betroffen und suchen zu retten, was zu retten ist. Den Retort an jesuitischer Spitzfindigkeit stellt dabei wieder die „Germania“ auf. Die „Revue“ hat erklärt, die Verantwortlichkeit der päpstlichen Schimpfepistula unmittelbar nach der Rede des Antikatholikers über den Antimodernisteneid könne „nur als eine heidnische Gegen-demonstration angesehen werden.“ Demgegenüber ist die „Germania“ zu der Ansicht, daß das Schreiben vom 31. Dezember v. J. datiert und am 1. Januar in der Tagespresse gedruckt worden sei, an dem der Kulturminister seine Rede hielt, also keine Antwort auf die Rede sein könne. Das ist eine alte Unwahrheit. Das Schreiben des Papstes, welches die erwähnten Staatprofessoren als „eigentlich unmaßstäblich“ und „unvollständig“ bezeichnet, ist am 16. Januar in den offiziellen „Acta Sedis apostolicae“ veröffentlicht worden. Es kann insofern als Antwort oder Gegenantwort auf die vom preussischen Kultusminister am 16. Januar geäußerten Bemerkungen über den Modernisteneid und die

katholischen Fakultäten darstellen. Die „Germania“ verschweigt aber gestillt, daß Herr von Trost zu Solz bereits am Sonnabend, den 14. Januar, im Abgeordnetenhaus die Erklärung abgab, daß der Modernisteneid von den katholischen Professoren nicht zu leisten sei. Und unmittelbar hierauf muß Pius X. den Befehl zur Veröffentlichung des bis dahin geheim gehaltenen Schreibens gegeben haben, denn es erschien bereits am Montag, den 16. Januar, in den „Acta Sedis apostolicae“ und traf nun zufällig mit der zweiten Rede des Ministers von Trost zu Solz zusammen. Es bleibt danach dabei, daß der Papst eine direkte und in beleidigendster Form gehaltene Provokation zu Pius X. gemacht, daß er diese böswillige Störung des konfessionellen Friedens beabsichtigt und der Berliner Regierung hat zeigen wollen, bis zu welchem Grade er den preussischen Anspruch auf staatliche Autorität zu mißachten und zu verhöhnen bereit ist.

Die Frage, welche Maßregeln die preussische Regierung zu ergreifen gedenkt, ist bis jetzt ungelöst. Gesandter von Mühlberg soll bei der Kaiserfeier in Rom den versammelten Prälaten, wie mitgeteilt, eine geharnischte Philippika gehalten haben. Andererseits wird von ersten Beratungen möglicherweise Berliner Stellen gesprochen. Man wird erwarten dürfen, daß deren Ergebnis baldigt bekannt werde und dem Ernst der Lage auch wirklich entspreche. Das aus schwärzeste beleidigte nationale und prot. kirchliche Ehrgefühl unserer Bevölkerung wird sich diesmal mit einer „Genußnahme“ à la Borromäus. Engpässe jedenfalls noch weniger verschlingen lassen, als schon im Sommer.

Kernfahrt des „M. 3“.

Heute morgen sollte der Militärflugzeug „M. 3“ seine Kernfahrt nach Straßburg antreten. In Gotha ist eine Zwischenlandung vorgesehen.

Die Schiffsabgaben.

In einer Versammlung der Partikularschiffahrt in Rührort erklärte der Abg. Waffermann, daß dieser Reichstag das Schiffsabgabengesetz nicht mehr erwidern werde. Die Materie sei viel zu schwierig und die Regierungsunterlagen seien zu dünn. Neue Unterlagen der Regierung seien zu fordern, und diese müßten rechtzeitig der Öffentlichkeit und der Kritik zugänglich gemacht werden. Dann werde man hoffentlich zu einer Ablehnung des ganzen Gesetzes kommen. Die Worte Waffermanns bestätigen die Meinung, daß man auch in den Kreisen der National Liberalen wenig Neigung mehr verspürt, für die Schiffsabgaben einzutreten.

Im Reichstagswahlkreis Zschopau-Rabenberg.

Bei der fortschrittliche Volkspartei den Landtagsabgeordneten Landgerichtsrat Dr. Probauf-Gheming als Kandidaten aufgestellt, der von den National Liberalen unterstützt werden wird. Der Wahlkreis wurde bekanntlich nach dem Tode des Reformers Zimmermann bei der Erstwahl im August des vorigen Jahres von dem Sozialdemokraten Böhre erobert.

Ankauf der Aufhebungs-Kommission.

Wie das „Pörsner Tageblatt“ meldet, sind die Güter Racnic, Komorowo, Emilianowo und Sassenbo im Reife Samter von der Aufhebungs-Kommission angekauft worden. Der bisherige Besitzer dieser zusammenhängenden Güter war der Herzog von Koburg-Gotha.

Aus dem Auslande.

Die Wiener gegen die Tschechen.

In Wien wurde in der Volkshalle des Rathauses eine von den deutschen Schugvereinen Wiens veranstaltete Massenversammlung gegen die tschechischen Wählerereien abgehalten, die längere besetzt war. Es waren sowohl Teilnehmer erschienen, daß die riesige Halle sich als zu klein erwies und viele Hunderte Menschen sich vor dem Rathause drängten. Die einzelnen Reden, in denen mit klammernden Worten zur schärfsten Abwehr des tschechischen Ansturmes auf Wien aufgefordert wurde, fanden begeisterte Zustimmung. Zum Schluß wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher die Wiener zu einer erhöhten Schugarbeit für den Beststand ihrer Nation gegen das Slawentum aufgefordert werden. In der Versammlung waren sämtliche deutschen Parteien vertreten.

Graf Rehrenthal über die auswärtige Politik.

Der Minister des Auswärtigen Graf Rehrenthal gab in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Auswärtiges der Delegation des Reichstages in Budapest folgendes Exposé: Die Delegationen haben sich vor wenigen Wochen mit den Fragen der auswärtigen Politik eingehend beschäftigt. Die Situation hat sich in der kurzen Zwischenzeit nicht verändert. Es gibt auch heute glücklicherweise keine Frage, die für den Frieden Europas gefährlich wäre. Alle größeren Mächte sind zum Glück mit inneren Problemen beschäftigt und bestrebt, die Beziehungen zueinander vertrauensvoll zu gestalten. Im besonderen möchte ich auf den warmen Ton verweisen, den die leitenden Staatsmänner der mit uns verbündeten Mächte, Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und Marquis di San Giuliano, bei Erwähnung der Beziehungen zu uns angeschlossen haben. In prägnanten und glücklichen Ausdrücken hat der italienische Minister des Auswärtigen die Erhaltung des Friedens und des territorialen Status quo im allgemeinen, wie die der Integrität des türkischen Reiches, der Balkanstaaten im besonderen, als das Ziel der Dreieinigkeit bezeichnet. Die Rede des deutschen Reichskanzlers vom 11. Dezember 1910 hat berechtigtes Aufsehen hervorgerufen. Herr v. Bethmann Hollweg war nämlich in der Lage, die Beziehungen Deutschlands zu England und Rußland in einer Weise zu erläutern, welche jeden Freund der Konsolidierung der Verhältnisse in Europa mit Genugthuung erfüllen muß. Er sprach von der Gerechtigkeit Deutschlands, sich mit England durch eine offene und vertrauensvolle Aussprache über die gegenseitigen Interessen zu verständigen. Dies sei das stärkste Mittel zur Befestigung des Mißtrauens wegen des gegenseitigen Mißverständnisses zu Wasser und zu Lande. Ueber die Beziehungen Rußlands und insbesondere über die Potsdamer Entzweiung war der deutsche Reichskanzler in der Lage, zu konstataren, daß der dort gepflogene Meinungsaustrausch zu einer Annäherung beider Reiche geführt, ohne daß jedoch in der Allgemeineren Orientierung ihrer Politik eine Aenderung eingetreten wäre. Diese Annäherung vollzog sich auf dem Gebiete allgemeiner Grundzüge, u. a. durch die neuerliche Bekräftigung des Grundgesetzes der Erhaltung des Status quo im nahen Orient, ferner durch eine Verständigung über die beiderseitigen Interessen in Persien. Dem zwischen uns bestehenden vertrauensvollen Verhältnis entsprechend wurde ich vom Reichskanzler über diese Punkte eingehend informiert. Ich konnte diese Mitteilungen nur mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen und in meiner Wiederholung darauf verweisen, daß die in Potsdam und Berlin beschlossenen Grundzüge über die im nahen Orient zu beobachtende streng konservative Politik mit unserem bekannten Standpunkte vollständig übereinstimmen. Unsere Interessen in Persien sind keine bedeutenden. Ich glaube indes, daß die russische deutsche Verständigung über persische Fragen dazu beitragen dürfte, das Prinzip der offenen Tür in diesem Lande, das ja die beiden benachbarten Mächte Rußland und England vor drei Jahren feierlich verkündeten, dauernd zur Geltung zu bringen.

Nachdem der Minister noch die guten Beziehungen Österreich-Ungarns zu Rußland, Frankreich und England in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen und für eine Befestigung der inneren Zustände in der Türkei eingetreten war, auch des neuen Handelsvertrags mit Serbien und der Handelskonvention mit Montenegro gedacht hatte, kam er zu folgendem Schluß:

Ich halte es für meine Pflicht, ebenso wie ich es in meinem Exposé vom Oktober 1910 getan habe, auch heute zu betonen, daß in unserer so raschlebigen Zeit, wo auch der Gang der Ereignisse sich zuweilen überstürzt, und im Hinblick auf die leider so leichte Erregbarkeit der öffentlichen Meinung in allen Staaten das politische Barometer unvermittelt auf schlechtes Wetter zeigen kann. Soll also die auswärtige Politik für die Interessen der Monarchie und für den Frieden erfolgreich eintreten können, so muß sie über eine schlagfertige Armee und Flotte verfügen.

Fortschritte der Revolution in Mexiko.

Die Newyorker Zeitungen berichten von Fortschritten der mexikanischen revolutionären Bewegung auch im äußersten Westen der Republik. Es wird im Anschluß an unsere gestrige Depesche gemeldet, daß die Rebellen die Grenzstadt Mexicali auf der zu Mexiko gehörenden Halbinsel Nieder-Kalifornien, nach der Pacific Küste einnahmen, sich